



**Partner
für Klimaschutz**

Unser 10-Punkte-Plan für eine
klimaneutrale Energieversorgung
im Gebiet der HanseWerk Gruppe

Unser 10-Punkte-Plan für einen klimaneutralen Norden

Transformation im Stromnetz

- 1 Netzorientierten EE-Ausbau für eine bezahlbare Energiewende ermöglichen
- 2 Netzdienlichen Einsatz von Speichern und Flexibilitäten anreizen
- 3 Digitalisierung für Kapazitätsnutzung und Sektorenkopplung fördern
- 4 Zukunftsfähige Regulierung für das Klimaneutralitätsnetz gewährleisten

Gas- und Wärmewende

- 5 Kommunen bei der Wärmeplanung unterstützen und diese planungssicher umsetzen
- 6 Faire Preisbildungsregeln für grüne Wärmenetze schaffen
- 7 Orientierungsrahmen für Gasnetzbetreiber und Kunden sicherstellen
- 8 Rechtsrahmen zur Nachnutzung einzelner Gasleitungen für klimaneutrale Gase entwickeln

Umsetzbarkeit unserer Transformationsprozesse

- 9 Genehmigungsverfahren auf allen (Netz-) Ebenen beschleunigen und Bürokratie entschlossen abbauen
- 10 Kosteneffizienz bei Maßnahmen der Energiewende verstärkt fokussieren

Transformation im Stromnetz fördern

1

Netzorientierten EE-Ausbau für eine bezahlbare Energiewende ermöglichen

Die Errichtung einer langlebigen Infrastruktur kann sich nicht am politischen Tagesgeschäft orientieren. Für eine schnelle, kostenoptimierte und akzeptanzsichernde Umsetzung der Energiewende brauchen wir Planungssicherheit und eine Synchronisierung von Netz- und EE-Ausbau sowie der Ansiedlung neuer Großverbraucher. Daher fordern wir:

- Klaren Rechtsrahmen zu innovativen Netzanschlussmodellen (FCAs, Überbauung) zur Optimierung der Netzauslastung
- Begrenzung der Redispatch-Kosten durch Redispatch Vorbehalt oder vergleichbare Instrumente

2

Netzdienlichen Einsatz von Speichern und Flexibilitäten anreizen

Insbesondere leistungsstarke Batteriespeicher können das Verteilnetz in Regionen mit Netzengpässen entlasten, aber bei falschem Einsatz auch belasten. Speicher sollten keinen zusätzlichen Netzausbau auslösen, sondern sich vielmehr im Sinne des Verteilnetzes verhalten, um Engpässe zu reduzieren und die optimale Auslastung der Infrastruktur zu unterstützen. Daher fordern wir:

- Einfluss auf Speicherfahrweise für Anschlussnetzbetreiber
- Klarer rechtlicher Rahmen und ausgestaltete Marktprozesse
- Sicherstellung der Systemkosteneffizienz durch Abstimmung von Marktorientierung und Netzdienlichkeit

3

Digitalisierung für Kapazitätsnutzung und Sektorenkopplung fördern

Um die Netzkosten zu minimieren, nutzen wir erfolgreich das NOVA-Prinzip (**Net**z**opt**imierung vor**ver**stärkung, vor**-**ausbau). Auch künftig ist der Einsatz digitaler und innovativer Technologien essenziell, um Netzkapazität optimal zu nutzen und die Sektoren Strom, Wärme und Mobilität bestmöglich zu verbinden. Bislang wird die Digitalisierung der Netze jedoch nicht gleichermaßen unterstützt wie der Bau neuer Anlagen. Daher fordern wir:

- Schaffung regulatorischer Anreize für einen digitalisierten Netzbetrieb
- Sicherstellung des Smart-Meter-Rollouts u.a. durch angemessene Erhöhung der Preisobergrenzen

4

Zukunftsfähige Regulierung für das Klimaneutralitätsnetz gewährleisten

Der Regulierungsrahmen zielt weiter einseitig darauf ab, die Betriebskosten der Netze zu senken und setzt dabei eine weitgehend konstante Versorgungsaufgabe voraus. Für die grundlegende Transformation des Energiesystems werden jedoch Anreize für enorme Investitionen sowie ein Ausgleich für zusätzliche Betriebskosten (z.B. für Digitalisierung) benötigt. Gleichzeitig sollte die erweiterte Befugnis der BNetzA durch wirksame politische oder rechtliche Mechanismen ausbalanciert werden. Daher fordern wir:

- Regulatorische Anerkennung steigender OPEX
- Zukunftssichere und kapitalmarktadäquate Eigenkapitalverzinsung

➔ **Das Verteilnetz ist das Kundennetz – jetzt müssen die richtigen Weichen gestellt werden, damit eine klimafreundliche Energieversorgung für alle Stromverbraucher gelingt.**

Rahmenbedingungen für Gas- und Wärmewende schaffen

5

Kommunen bei der Wärmeplanung unterstützen und diese planungssicher umsetzen

Die kommunale Wärmeplanung kann ein Schlüssel sein, um die klimaneutrale Wärmeversorgung voranzubringen, indem der jeweils kosteneffizienteste und beste Weg vor Ort ermittelt wird. Dafür muss sie aber niedrigschwellig ausgestaltet sein und Planungssicherheit für die Umsetzung bieten. Daher fordern wir:

- Kleine Kommunen benötigen einfache datengestützte Werkzeuge zur Durchführung des verkürzten Verfahrens
- Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung sollten Lenkungswirkung haben (z.B. durch eine Synchronisierung mit Förderlinien)
- Wärmenetze sollten nur dort entstehen, wo sie auch aus Kundenperspektive wirtschaftlich sinnvoll sind

6

Faire Preisbildungsregeln für grüne Wärmenetze schaffen

Nah- und Fernwärmeversorger müssen massiv in die Dekarbonisierung existierender Wärmenetze und die Erschließung neuer Netze investieren. Netzbetreiber müssen daher Kostenänderungen aus der Dekarbonisierung weitergeben können, dürfen die Kunden aber nicht überlasten. Daher fordern wir:

- Bei der Dekarbonisierung von Wärmenetzen muss eine einseitige Kostenanpassung möglich sein
- Die Gebäudeanschlusskosten an „grüne Wärmenetze“ sollten zusätzlich gefördert werden

7

Orientierungsrahmen für Gasnetzbetreiber und Kunden sicherstellen

Im Übergang zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung wird das Gasnetz weiterhin gebraucht, um Kunden sicher zu versorgen. Parallel wird aber eine steigende Anzahl von Verbrauchern auf Alternativen umsteigen. Um das Netz bezahlbar zu halten, bedarf es eines frühzeitigen und sicheren Rahmens für den Ausstieg. Daher fordern wir:

- Der Rahmen für die strukturierte Stilllegung der Gasnetze sollte zeitnah gestaltet und kommuniziert werden (Transformationsplan)
- Die Verpflichtungen zum Gasnetzrückbau müssen auf das Notwendigste reduziert werden
- Regulatorische Spielräume beim Gasnetzausstieg verbessern (z.B. Kostenanerkennung von Entschädigungen bei vorzeitiger Stilllegung ineffizienter Abschnitte)

8

Rechtsrahmen zur Nachnutzung einzelner Gasleitungen für klimaneutrale Gase entwickeln

Mit dem Klimaneutralitätsziel wird ein großer Teil des Erdgasnetzes absehbar nicht mehr genutzt werden. Bei geeigneten Rahmenbedingungen und einem entsprechenden Bedarf kann ein begrenzter Teil der Leitungen allerdings für klimaneutrale Gase wie Wasserstoff und Biomethan verwendet werden. Daher fordern wir:

- Schaffung eines attraktiven Regulierungsrahmens für das Wasserstoffanschlussnetz der Gewerbe- und Industriekunden sowie inländische H₂-E
- Erschließung und Betrieb von Netzclustern für Biogasanlagen mit langfristiger Versorgungsperspektive

➔ Die Wärmewende ist eine technische, kommunikative und finanzielle Mammutaufgabe, die schnell und verantwortungsvoll gestaltet werden muss.

Umsetzung der Transformationsprozesse unterstützen

9

Genehmigungsverfahren auf allen (Netz-)Ebenen beschleunigen und Bürokratie entschlossen abbauen

Komplexe Genehmigungsverfahren, Detailvorgaben, übermäßige Dokumentationspflichten und langsame Behördenabläufe kosten uns viel Zeit und Ressourcen. Bisherige Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung gehen am Verteilnetz weitgehend vorbei. Daher fordern wir:

- Reduktion von Detailvorgaben und Komplexität
- Schaffung von Planungssicherheit
- Ermöglichung und Nutzung von Ermessensspielraum
- Konsequente Digitalisierung von Genehmigungsverfahren
- Anerkennung von Standards und konsequente Vermeidung von Individuallösungen
- Aufnahme der Hochspannungsnetze in den gesetzlichen Beschleunigungskreis
- Erleichterungen beim Ersatzneubau von Stromleitungen in bestehenden Trassen - „Repowering“

10

Kosteneffizienz bei Maßnahmen der Energiewende verstärkt fokussieren

Ausufernde Kosten bei der Transformation des Energiesystems sind volkswirtschaftlich ineffizient und stellen ein großes Problem für die Akzeptanz der Energiewende dar. Entsprechend wichtig ist es, Synergien zwischen den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität bestmöglich zu nutzen und gleichzeitig verstärkt auf den Faktor der Kosteneffizienz in allen Bereichen zu schauen. Daher fordern wir:

- Konzentration auf kosteneffiziente Möglichkeiten der Dekarbonisierung
- Mit besserer Nutzung von Sektorensynergien Systemkosten senken und Ressourcen optimal nutzen
- Staatliche Fördermittel sowie Investitionen sinnvoll und kosteneffizient einsetzen
- Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis
- Verursachergerechte Verteilung der Netzkosten

➔ **Für die erfolgreiche und bezahlbare Transformation unserer Gesellschaft braucht es Spielregeln für die Marktakteure, aber kein Mikromanagement durch Politik und Behörden.**

Netzorientierter EE-Ausbau für eine bezahlbare Energiewende ermöglichen

Thema

Netzausbau, EE-Integration

Betroffene Vorschriften

Energiewirtschaftsgesetz, EEG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- Ausbau der Erneuerbaren Energieanlagen boomt, insbesondere der PV-Freiflächenanlagen
- Dynamischer Zubau der leistungsstarken EE-Anlagen bei zurzeit noch nachlaufendem Netzausbau darf nicht zu zusätzlichen Systemkosten führen
- Dort wo es häufig zu einspeise-bedingten Engpässen im Netz kommt, kann die Ansiedlung von großen Stromabnehmern diese reduzieren sowie zu einer Kostendämpfung der Netzentgelte beitragen
- Jedoch gibt es auch einzelne Regionen im Netzgebiet mit sehr hohem Bezug, in denen die Netzkapazitäten bereits stark ausgereizt ist und zusätzliche Abnehmer die Situation verschärfen würden



Unsere Forderungen

- Schaffung von Planungssicherheit und Synchronisierung von Netz- und EE-Ausbau
- Einführung von flexiblen Netzanschlussvereinbarungen
- Einführung eines temporären „Redispatch-Vorbehalts“ für Neuanlagen in Engpassregionen
- Weiterentwicklung des Vergabemechanismus von Netzanschlusskapazitäten für große Einspeise- und Bezugskunden
- Schaffung von Anreizen zur Ansiedelung von Stromverbrauchern in einspeiseseitigen Engpassregionen

Netzdienlichen Einsatz von Speichern und Flexibilitäten anreizen

Thema

Batteriespeicher, Flexibilitätsoptionen, Netzengpässe

Betroffene Vorschriften

Energiewirtschaftsgesetz, EEG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- Speicher vor Netzengpässen, können Abregelung von Strommengen verhindern und damit zusätzliche Systemkosten verhindern
- Bei falschem Einsatz können sie das Stromnetz zusätzlich belasten und ggf. Redispatch bis hin zu Netzausbau auslösen
- Herausfordernde Umsetzung und Abrechnung von Redispatch bei Speichern sowie bestehender Konflikt zwischen Redispatch und Regelleistungserbringung
- Unklarer Rechtsrahmen, da Speicher sowohl Letztverbraucher als auch Erzeuger sind (BKZ, Netzausbaupflicht, Anschlussbedingungen, ...)

Unsere Forderungen

- Einführung eines eigenen Gesetzes für Energiespeicher, zur Vermeidung kleinteiliger Ergänzungen in bestehenden Regelungen
- Förderung von Grünstromspeichern neben Erzeugungsanlagen
- Vermeidung zusätzlicher Systemkosten durch Aufbau einer Speicherinfrastruktur (u.a. Redispatch, Netzausbau)
- Entwicklung einer netzdienlichen Fahrweise und Priorisierung eindeutig netzdienlicher Speicherprojekte (u.a. Privilegierung, BKZ)

Digitalisierung für Kapazitätsnutzung und Sektorenkopplung fördern

Thema

Digitalisierung, Innovation

Betroffene Vorschriften

Energiewirtschaftsgesetz, MessbG, Regulierungsrahmen

Aktuelle Situation

- Die Digitalisierung der Energieinfrastruktur ist entscheidend für einen sicheren und effizienten Netzbetrieb
- Sektorenkopplung und Flexibilitätsoptionen haben großes Potenzial für die Netzstabilität, die durch mangelnde Digitalisierung noch nicht ausgeschöpft werden
- Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geben bisher keinen Anreiz für einen forcierten kundenorientierten Smart-Meter-Rollout



Unsere Forderungen

- Schaffung von Anreizen für die Nutzung digitaler und innovativer Technologien
- Regulatorische Anerkennung steigender OPEX
- Aufnahme der Hochspannungsnetze in § 49b EnWG zur temporären Höherauslastung durch Freileitungs- und Auslastungsmonitoring
- Erhöhung der Preisobergrenze für den Einbau von intelligenten Messsystemen
- Intelligente Messsysteme und Steuerung für Einspeiseanlagen erst ab 7 kW (statt 2 kW)

Zukunftsfähige Regulierung für das Klimaneutralitätsnetz gewährleisten

Thema

Anreizregulierung, Betriebskostenanerkennung

Betroffene Vorschriften

Energiewirtschaftsgesetz, Regulierungsrahmen

Aktuelle Situation

- Aktueller Regulierungsrahmen setzt konstante Versorgungsaufgabe voraus und belohnt Betriebskostensenkung durch Effizienzvergleich
- Zur Transformation der Energieversorgung fallen enorme Investitionen für den Netzausbau sowie zusätzliche Betriebskosten u.a. zur Höherauslastung vorhandener Kapazitäten durch digitale Instrumente an
- Anerkennung der notwendigen Aufwendungen sowie vorausschauende und damit kosteneffizientere Netzplanung durch Regulierung aktuell nicht gegeben
- Neue Unabhängigkeit der BNetzA durch EuGH-Urteil bei Regulierungsentscheidungen hat direkten Einfluss auf Energiewendefähigkeit der Energieinfrastruktur



Unsere Forderungen

- Ausrichtung der Leitplanken des regulatorischen Anreizsystems auf das Ziel der Klimaneutralität
- Sicherstellung einer zukunftssicheren und kapitalmarktadäquaten Eigenkapitalverzinsung sowie Berücksichtigung notwendiger Investitionen im NEST-Prozess
- Anreizsetzung und Anerkennung steigender OPEX sowie vorausschauender Netzplanung durch Regulierungsrahmen
- Verursachungsgerechte Beteiligung aller Netzkunden (Einspeisung und Bezug) an weiter steigenden Netzkosten (Verteilung der Kosten auf möglichst viele Schultern mit wenig Ausnahmen)
- Balance der erweiterten Befugnis der BNetzA durch wirksame politische oder rechtliche Mechanismen

Kommunen bei der Wärmeplanung unterstützen und diese planungssicher umsetzen

Thema

Wärmeplanung, Dekarbonisierung

Betroffene Vorschriften

Wärmeplanungsgesetz, BEG

Aktuelle Situation

- Die kommunale Wärmeplanung stellt für kleine Gemeinden eine administrative Herausforderung dar
- Die Konkurrenzsituation zwischen Wärmenetzen und Wärmepumpen im ländlichen Raum kann Wärmenetze teilweise, aufgrund verringerter Anschlussquoten, unwirtschaftlich machen
- Es ist unsicher, inwieweit die kommunale Wärmeplanung zu Investitions- und Planungssicherheit von Bürgern und Unternehmen beitragen kann



Unsere Forderungen

- Anerkennung von einfachen, zugänglichen datengestützten Werkzeugen zur Durchführung des verkürzten Verfahrens
- Entwicklung von Förderprogramm-Parametern, die Wärmenetze nur dort fördern, wo sie auch aus Kundenperspektive wirtschaftlich sinnvoll sind
- Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung müssen Lenkungswirkung entfalten, so dass u.a. keine Förderung individueller Wärmelösungen in „Wärmenetzgebieten“ mehr erfolgt

Faire Preisbildungsregeln für grüne Wärmenetze schaffen

Thema

Wärmenetze, Preise

Betroffene Vorschriften

AVBFernwärmeV, BEW

Aktuelle Situation

- Gestaltung von Preisänderungsklauseln ist durch unklaren Rechtsrahmen komplex.
- Um die Wärmenetze zu dekarbonisieren stehen Wärmeversorger vor enormen Investitionen
- Preise von Wärmenetzen werden divers diskutiert, ohne über Strukturfaktoren aufzuklären
- Wärmeversorger, die möglichst früh ihre Wärmenetze dekarbonisieren sind aufgrund des weiterhin niedrigen CO₂-Preises und fehlender Skaleneffekte preislich meist benachteiligt



Unsere Forderungen

- Wärmeversorger brauchen mehr Klarheit für eine großflächig und pragmatisch umsetzbare Preisbildung (per einseitiger Bekanntmachung)
- Einseitige Kostenanpassung bei der Dekarbonisierung von Wärmenetzen ermöglichen
- Bessere Aufklärung von Verbrauchern über die Individualität und begrenzte Vergleichbarkeit von Wärmenetzen
- Zusätzliche Förderung von Gebäudeanschlusskosten an „grüne Wärmenetze“, um Kunden bei den Initialkosten zu entlasten
- Verzicht auf überbordende Verbraucherschutzregeln ohne Mehrwert für den Kunden

Orientierung für Gaskunden durch Transformationsplanung

Thema

Gasnetz, Transformation

Betroffene Vorschriften

EnWG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- In über 50% der Wohngebäude und Wohnungen im HanseWerk-Gebiet wird noch mit Gas geheizt
- Stetige Verteuerung von Gas (CO₂-Preise + steigende Netzentgelte) mit dem Ziel der Dekarbonisierung des Gassektors bis 2045 (Bund)
- Immobilienbesitzer und Mieter sind weiterhin verunsichert bzgl. der künftigen Wärmeversorgung
- KANU 2.0 sichert die Abschreibung für Bestands- und Neuanlagen im Gasnetz bis 2045 für Netzbetreiber



Unsere Forderungen

- Umsetzung der EU-Gasbinnenmarkttrichtlinie, um Rechts- und Planungssicherheit für die Transformationsaufgaben im Gasbereich zu schaffen
- Zeitnahe Gestaltung und Kommunikation des Rahmens für die Stilllegung der Gasnetze
- Reduzierung der Verpflichtungen zum Gasnetzbau auf das Notwendigste (Stilllegung vor Rückbau)
- Erweiterter Gestaltungsraum für Netzbetreiber im Rahmen des Gasnetzausstiegs (z.B. Kostenanerkennung von Entschädigungen bei der vorzeitigen Stilllegung ineffizienter Abschnitte)

Rechtsrahmen für die sinnvolle Nachnutzung von Gasleitungen

Thema

Gasleitungen, Wasserstoff, Biogas

Betroffene Vorschriften

EnWG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- Mit dem Klimaneutralitätsziel wird ein großer Teil des Erdgasnetzes absehbar nicht mehr genutzt werden
- Bedarf für klimaneutrale Gase wie Wasserstoff und Biomethan ist aufgrund der Unsicherheiten bzgl. Preisen und Verfügbarkeit weiterhin unklar
- In der Biogas-Branche herrscht große Unsicherheit über die Zukunft von Biogas in Strom und/oder Wärme



Unsere Forderungen

- Schaffung eines attraktiven Regulierungsrahmens für das Wasserstoffanschlussnetz von Gewerbe- und Industriekunden
- Angemessene regulatorische Anerkennung aller Umstellungskosten von Erdgas auf Wasserstoff
- Förderung der Erschließung und des Betriebs ausschließlich von regionalen Netzclustern für Biogasanlagen mit langfristiger Versorgungsperspektive
- Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Neubau und Umwidmung von H2-Anschlussleitungen

Genehmigungsverfahren auf allen (Netz-)Ebenen beschleunigen und Bürokratie entschlossen abbauen

Thema

Beschleunigung, Genehmigungsverfahren, Bürokratie

Betroffene Vorschriften

Energiewirtschaftsgesetz

Aktuelle Situation

- Energiewendevorhaben werden aktuell durch ausufernde Vorgaben und kleinteilige Prozesse verlangsamt, die unnötig Ressourcen binden
- Beschleunigung von Genehmigungen erreicht die Verteilnetze bislang nicht gleichermaßen wie EE-Anlagen und das Übertragungsnetz
- Für einen Ersatzneubau in bestehender Trasse muss aktuell ein vollumfängliches, langwieriges Planungsverfahren durchlaufen werden
- Fehlende Planungs- und Rechtssicherheit verhindern notwendige Investitionen in Netzinfrastrukturen, u.a. ins Verteilnetz im Stromsektor und Wasserstoffanschlussnetz



Unsere Forderungen

- Verzicht auf Mikromanagement und neue Detailvorgaben sondern Ermöglichung von eigenem Ermessensspielraum bei diversen Bauprojekten
- Fokussierung auf anerkannte Standards und konsequente Vermeidung von Individuallösungen
- Digitalisierung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren auf allen (Netz-)Ebenen
- Aufnahme der HS-Ebene in § 43n EnWG, zur Schaffung von Rechtssicherheit für Leitungsmittnahmen
- Freistellen von Genehmigungen (Änderungsanzeige statt Genehmigung) und Vorrang vor anderen Belangen aller Maßnahmen an Bestandstrassen sowie Verankerung des Vorrangs von neuen Leitungsbauprojekten inkl. Umspannwerken vor Umwelt- und Artenschutz
- Gewährleistung von Planungssicherheit für Marktakteure

Kosteneffizienz bei Maßnahmen der Energiewende verstärkt fokussieren

Thema

Akzeptanz, Kosten der Energiewende

Betroffene Vorschriften

Regulierungsrahmen

Aktuelle Situation

- Die Kostenwahrnehmung der Menschen wird zunehmend entscheidender für die Akzeptanz der Energiewende.
- Steigende Kosten für die Energiewende gefährden die Akzeptanz der Bürger und haben verstärkt Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland.
- Aktuell steigen die Kosten für die Energiewende mit jedem Jahr. Gleichzeitig muss ein enormer Investitionsbedarf gestemmt werden.



Unsere Forderungen

- Konzentration auf kosteneffizienteste Technologien und Optionen zur Dekarbonisierung
- Synergien zwischen den Sektoren besser nutzen, um die Systemkosten zu senken
- Reduzierung staatlicher Fördermittel, wo sie nicht mehr benötigt werden sowie kosteneffizienter Einsatz von Investitionsmitteln
- Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis
- Verursachergerechte Verteilung der Netzkosten zwischen den Netznutzern
- Gesamtes energiepolitisches Zieldreieck bei zukünftigen Maßnahmen im Auge behalten